



In dieser Ausgabe

- > Weihnachtsgruß von Monika Griefahn S. 1
- > Wie läuft es mit der Umsetzung von Hartz IV? S. 2
- > Monika Griefahn informierte sich in der Reha-Klinik in Soltau S. 2
- > Amerikanische Stipendiatinnen zu Gast im Wahlkreis S. 3
- > Öffentliche Fraktionssitzung der Bürgerunion: Monika Griefahn war zu Besuch S. 4
- > WeltKlasseKlänge: Musik aus dem Landkreis Harburg / Monika Griefahn stellte CD vor S. 5
- > Bürgerschaftliches Engagement: Monika Griefahn fordert mehr öffentliche Anerkennung für Engagierte / Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche verbessert S. 6
- > Reform der Bundestagswahlkreise S. 7
- > Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion stellte erstmals einen Ausbildungsplatz bereit S. 8
- > Jugend & Parlament 2004 S. 8
- > Jugendpresstag 2004 der SPD-Bundestagsfraktion S. 9
- > „DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars? - Perspektiven für unsere Zukunft“ S. 10
- > Aktuelle Termine S. 11
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 11

Weihnachtsgruß von Monika Griefahn



„Es hilft nichts, das Unvollkommene heutiger Wirklichkeit zu höhnen oder das Absolute als Tagesprogramm zu predigen. Lasst uns stattdessen durch Kritik und Mitarbeit die Verhältnisse Schritt für Schritt verändern.“ (Gustav Heinemann)

Wieder einmal liegt ein ereignisreiches Jahr hinter uns. Höhen und Tiefen in der politischen Arbeit, Hoffnung, Erfolge und auch die eine oder andere Enttäuschung. Und doch: einen Hoffnungsschimmer beschenken uns derzeit die Umfrageergebnisse für die SPD. Das Tal scheint durchschritten. Es sind wieder einige Menschen der SPD beigetreten und wollen sich engagieren.

Immer mehr Menschen begreifen, dass wir ihnen nicht schaden wollen, sondern dass es uns darum geht, verantwortungsvoll und realistisch die veränderten Verhältnisse zu sehen und darauf zu reagieren. Damit bei uns die Sozialsysteme erhalten bleiben, damit wir die notwendige medizinische Versorgung auch weiterhin erhalten, damit starke Schultern auch in Zukunft mehr tragen als schwache, damit wir bei Bildung und Ausbildung konkurrenzfähig bleiben im internationalen Wettbewerb.

Welche Folgen der demografische Wandel für uns alle hat, zeigte nicht zuletzt die Diskussionsveranstaltung mit dem Spiegel-Redakteur Gabor Steingart Anfang November in Buchholz. Dass wir mit unserer Familienpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern müssen und trotz knapper Kassen mehr für Kinderbetreuung tun müssen, wird zwar allgemein anerkannt, aber noch zu zögerlich in die Tat umgesetzt. Immer mehr Menschen begreifen, dass wir ihnen als Regierung nicht schaden wollen, sondern dass es uns darum geht, verantwortungsvoll und realistisch die veränderten Verhältnisse zu sehen und darauf zu reagieren. Damit bei uns die Sozialsysteme erhalten bleiben, damit wir die notwendige medizinische Versorgung auch weiterhin erhalten, damit wir bei Bildung und Ausbildung konkurrenzfähig bleiben im internationalen Wettbewerb. Wie es anderswo in Europa zum Beispiel mit dem Gesundheitssystem aussieht, zeigte uns kürzlich die Veranstaltung in Bad Fallingbommel mit Günter Danner. Während andere sich eine so gute Gesundheitsversorgung wie bei uns in Deutschland wünschen, wird unser System hier oftmals schlechtgeredet.

Lasst uns / Lassen Sie uns gemeinsam weiter an unseren Zielen arbeiten. Ich habe mich im vergangenen Jahr sehr über Eure / Ihre vielfältige Unterstützung gefreut und wünsche mir, dass wir unsere erfolgreiche gemeinsame Arbeit auch im kommenden Jahr fortsetzen. Euch und Euren Familien / Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine ruhige Vorweihnachtszeit, ein harmonisches Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2005.

Eure / Ihre

Wie läuft es mit der Umsetzung von Hartz IV?

Monika Griefahn informierte sich bei der Agentur für Arbeit Lüneburg



Bei der Agentur für Arbeit Lüneburg informierten Ortgis Brandt, Bernd Passier und Lars Spieker (von links) die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn über die Umsetzung von Hartz IV.

Der Countdown läuft: bis zum 1. Januar 2005 sind es nicht mehr ganz vier Wochen, dann treten die gesetzlichen Neuregelungen von Hartz IV mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Kraft. „Klappt es mit der pünktlichen Auszahlung des Arbeitslosengeldes II?“, wollte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn bei einem Gespräch in der Agentur für Arbeit in Lüneburg erfahren.

Dort wurde sie von Bernd Passier, dem Vorsitzenden der Geschäftsführung, sowie den Geschäftsführern Ortgis Brandt und Lars Spieker informiert.

Für den Landkreis Harburg wurden 4.017 Antragsbogen versandt und 3.467 davon sind per 1.12.04 zurückgekommen, dies bedeutet eine Rücklaufquote von 86,31 %. Davon wurden inzwischen 1.465 Anträge bewilligt und 145 abgelehnt. Eine Bedürftigkeit musste auch bisher bei der Zahlung von Arbeitslosenhilfe aus Steuergeldern nachgewiesen werden, erfuhr die Bundestagsabgeordnete. „Nur die Grenzen haben sich geändert.“ Schwierigkeiten bereiten

die Software für die Bearbeitung der Anträge und die Leistungsfähigkeit der Zwischenserver, wie erläutert wurde. Mit Schichtbetrieb bis abends 22.00 Uhr, 10 Stunden zusätzlicher Arbeitszeit wöchentlich und evtl. Samstagsarbeit versucht man möglichst viele Antragsbogen bis zum 17. Dezember zu bearbeiten. Für Anträge, die bis zu diesem Datum in die Software eingegeben sind, wird es eine pünktliche Genehmigung im Januar geben. „Bisherige Empfänger von Arbeitslosengeld erhalten noch Ende Dezember die letzte Zahlung, so dass bei diesem Personenkreis der Druck nicht so groß ist“, erfuhr Monika Griefahn.

Durch die späte Vereinbarung einer Zusammenarbeit der Landkreise Harburg und Lüneburg mit der Agentur für Arbeit Lüneburg als Arbeitsgemeinschaft unter der Rechtsform einer Anstalt wird für die gemeinsame Arbeit erst am 1. Mai 2005 der Startschuss fallen. Bis dahin ist die Agentur für Arbeit allein für die Anträge und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten zuständig. Auf Anregung von Monika Griefahn verabredete

man einen weiteren Gesprächstermin im Mai bei der Agentur für Arbeit, um dann zu sehen, wie die Umsetzungsphase gelaufen ist und über bis dahin aufgetauchte Probleme zu sprechen. „Nach drei Monaten kann man auch sehen, ob das Geld reicht und ob die Menschen tatsächlich in neue Jobs kommen. Wir müssen erst einmal Erfahrungen sammeln und dann eventuell nachbessern“, erläuterte die Bundestagsabgeordnete. „Theoretisch kann man nicht alles vorher fassen.“ Dazu gehört auch die Akquirierung von 1 Euro-Jobs, die jeweils für die Dauer eines halben Jahres ausgeübt werden können.

Erfreut nahm Monika Griefahn zur Kenntnis, dass der Ausbildungspakt im Gebiet der Agentur für Arbeit Lüneburg „abgearbeitet“ ist. Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen wurden ausreichend in Verbindung mit der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer zur Verfügung gestellt, rund 300 junge Menschen erhalten zusätzlich sozialpädagogische Betreuung. Trotzdem konnten einige wenige junge Menschen nicht vermittelt werden.

Monika Griefahn informierte sich in der Reha-Klinik in Soltau



Informationen über gesunde Ernährung sind im Reha-Zentrum eine Selbstverständlichkeit. Monika Griefahn (links) und Jutta Soulis an der Getreidemühle.

Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn ist sehr beeindruckt von der vielfältigen Arbeit, die im Soltauer Zentrum für Rehabilitative Medizin (Reha-Zentrum) geleistet wird. Auf Einladung von

Jutta Soulis, der kaufmännischen Direktorin, stattete sie dem Neuro-Orthopädischen Krankenhaus und dem Zentrum für Rehabilitative Medizin einen Besuch ab, um sich dort informieren zu lassen. Jutta Soulis sprach besonders die erfolgreiche Arbeit der Aphasie-Station im Bereich der Neurologie an. Dort werden Patienten mit Sprachstörungen behandelt, die z. B. nach Schlag-

anfällen oder Operationen in Folge einer hirnorganischen Erkrankung auftreten können. Für die Dauer von sechs bis zehn Wochen erhalten diese Patienten eine sehr intensive Therapie.

Die Einrichtung mit dem Neuro-Orthopädischen Krankenhaus und dem Zentrum für Rehabilitative Medizin mit den Bereichen Neurologie, Orthopädie und Psychosomatik versteht sich als Haus der Region, wie Jutta Soulis erklärte, das eine große Nachfrage verzeichnen kann. In dem zur MediClin-Gruppe gehörenden Zentrum befinden sich 355 Betten, davon 265 im Reha-Bereich. Damit ist das Zentrum für Rehabilitative Medizin auch ein bedeutender Arbeitgeber in der Region. Die Patienten kommen aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen bis hinunter nach Nordrhein-Westfalen und dem gesamten Bundesgebiet.

Jutta Soulis ist ebenfalls kaufmännische Direktorin der Seepark Klinik in Bad Bodenteich. Dort liegt der Schwerpunkt der Arbeit besonders bei Essstörungen und seelischen Störungen. Monika Griefahn erfuhr, dass dort besonders über- oder untergewichtige Kinder und Jugendliche behandelt werden, die unter Essstörungen leiden. Bei übergewichtigen jungen Menschen kann dies zu Knochenverformungen, Wirbelsäulenschäden und Jugenddiabetes mit gravierenden Folgen führen. Die Bundestagsabgeordnete wies darauf hin, dass die Bundesregierung bereits zahlreiche Kampagnen zur richtigen Ernährung durchgeführt hat. „Auch bei meinen Besuchen in Kindertagesstätten und Schulen setze ich mich immer wieder für gesunde Ernährung ein. Aber das alles ist wohl immer noch nicht genug.“ Dies wurde von Jutta Soulis bestätigt: „Eltern und

Kinder sind immer noch viel zu wenig aufgeklärt, wenn es um die Ernährung geht.“ Beide würden es gerne sehen, wenn an den Schulen mehr Information geboten würde. Hier sei die Landesregierung gefordert, mehr Aufklärung zur Ernährung in die Schulen zu bringen. Jutta Soulis verwies darauf, dass bereits im letzten Jahr intensiv mit dem Gymnasium Soltau zusammen gearbeitet wurde. Auch mit anderen Schulen wird eine Zusammenarbeit angestrebt. In der Seepark Klinik in Bad Bodenteich erhalten übergewichtige Patienten in Gruppen von acht bis zehn Personen ein intensives Gruppenprogramm. Acht bis zwölf Wochen dauert der erste Therapie teil meistens, dann geht es erst einmal zurück nach Hause. „Die Therapie muss dort stattfinden, wo auch das Leben stattfindet“, erläuterte Jutta Soulis. Mit den Kassen

sind Vereinbarungen getroffen worden, dass die Kinder und Jugendlichen nach vier Wochen oder einem anderen Zeitraum noch einmal in die Klinik zur Fortführung der Therapie zurückkehren können. Das Einzugsgebiet für die Klinik in Bad Bodenteich ist bundesweit. „73 Milliarden Euro pro Jahr kosten uns die Folgen der Fehlernährung volkswirtschaftlich“, hatte Monika Griefahn von Ministerin Renate Künast erfahren. „Falsches Essen führt zu vielen Zivilisationskrankheiten.“ Im Zentrum für Rehabilitative Medizin wurde inzwischen ein Ernährungsprogramm ausgearbeitet, das gut weitergegeben werden kann. Dort steht gesunde Ernährung ohnehin täglich auf dem Speiseplan, alles wird frisch zubereitet, sogar das Getreide für Vega-Bratlinge wird dort selbst geschrotet.

Amerikanische Stipendiatinnen zu Gast im Wahlkreis



Das Foto zeigt (v.l.n.r.): Anjel Helms mit Dr. Hartmut Müller, Ulrike Meine, Kacy Armstrong, Manfred Meine, Monika Griefahn MdB, Carmen Kotulla und Adriann Mintzmyer.

Gleich drei amerikanische Stipendiatinnen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms 2004 / 2005 halten sich zurzeit im Landkreis Harburg auf, für die Monika Griefahn die Patenschaft übernommen hat. Der

deutsch-amerikanische Jugendaustausch wird veranstaltet vom Deutschen Bundestag und dem Kongress der USA. Die Stipendiaten, junge Schüler/innen und Berufstätige, verbringen jeweils ein Jahr im Gastland, besuchen die Schule und lernen Land und Leute kennen.

Monika Griefahn hatte jetzt die Stipendiatinnen mit ihren Gasteltern zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen:

■ Anjel Helms (18) aus North Dakota ist derzeit zu Gast bei Herrn Dr. med. vet. Hartmut Müller (Geschäftsführer des Wildparks Schwarze Berge) und Ehefrau Brigitte Müller.

■ Kacy Armstrong (16) aus Nebraska ist zu Gast bei Ulrike und Manfred Meine.

■ Adriann Mintzmyer (18) aus New York ist zu Gast bei Carmen und Heinz Kotulla. Alle Gasteltern kommen übrigens aus der Samtgemeinde Rosengarten.

Alle Stipendiatinnen fühlen sich wohl in Deutschland und haben schon einige Eindrücke gesammelt. In der Diskussion interessierten sich die jungen Amerikanerinnen insbesondere für das Schulsystem in Deutschland und den USA im Vergleich, für das deutsche Wahlrecht und die Rolle der Parteien in Deutschland.

Öffentliche Fraktionssitzung der Bürgerunion: Monika Griefahn war zu Besuch



Klaus Grimkowski-Seiler von der Bürgerunion bedankte sich bei Monika Griefahn mit einem Blumenstrauß für die Informationen.

Auf Einladung der Bürgerunion kam die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn nach Soltau, um über die aktuelle Arbeit in Berlin zu informieren. Die Moderation hatte Klaus Grimkowski-Seiler übernommen. Die aktuellen Reformen konnte sie wegen der kurzen Zeit nur streifen: „Hartz IV, Gesundheitsreform und Altersrentengesetz wären jeweils allein für sich abendfüllende Themen gewesen. Aber ich komme gerne wieder nach Soltau, um speziell über ein Thema zu informieren“, versprach sie. Monika Griefahn wies auf den demographischen Wandel hin, der viele Reformen notwendig gemacht hat. „Jedes fünfte Mädchen, das heute geboren wird, kann 100 Jahre alt werden.“

Das kann weder unser Sozial-, noch Gesundheits- oder Rentensystem leisten, wie es heute ist. Auf solche Veränderungen muss reagiert werden. Wir müssen eine gesellschaftliche Debatte beginnen, wie wir in Zukunft Arbeit organisieren. Die Diskussion um Bürgerversicherung oder Kopfpauschale allein bringt uns noch nicht weit genug.“

Die Umsetzung von Hartz IV habe begonnen und man werde versuchen, alle Menschen, die arbeiten können, auch in Arbeit zu bringen, erläuterte die Bundestagsabgeordnete. Die Themen Bildung und Ausbildung werden zur Zeit viel diskutiert. Hier sei weiter großer Handlungsbedarf. Es müsse mehr Geld in Bildung investiert werden, forderte Monika Griefahn. Auch von den Rentnern habe man einen Solidarbeitrag eingefordert, um die Bildung mehr fördern zu können. „Es ist ein Geschenk an die Enkel für ihre Zukunft.“

Klaus Grimkowski-Seiler hakte beim demographischen Faktor bei der Rentenversicherung ein und fragte, ob man nicht weniger Rentenbeitrag zahlen könnte und dafür den anderen Teil des Betrages in eine private Vorsorge investieren könnte. Dies sah Monika Griefahn bereits als Teil der begonnenen Diskussion. Doch hier stehe man noch am Anfang. Im Verlauf der Diskussion wurde aus dem Publikum die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, mehr Krippenplätze zu schaffen, wenn auf der anderen Seite gefordert werde, Eltern sollten mehr Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Werde der Ruf nach dem Staat damit nicht noch lauter? Diese Gefahr sah Monika Griefahn nicht. Bei der Schaffung von mehr Krippenplätzen gehe es um eine Hilfestellung für Frauen und Familien. Es wurde die Frage erörtert, ob die Bundesregierung alles getan habe, um Informationen zu den Menschen zu transportieren. Man war sich einig, dass es teilweise schwierig sei, obwohl der Bundesrechnungshof der Regierung vorgeworfen habe, sie würde zuviel Geld für Öffentlichkeitsarbeit ausgeben. Viele komplexe Zusammenhänge seien in den Medien nur schwer darzustellen, erklärte Griefahn, denn man brauche mehr als einen Satz dazu. Viele Menschen hören auch nicht lange genug zu.

Durch anwesende Gewerbetreibende wurde angesprochen, dass man einfach zu wenig Menschen in Arbeit habe. Die Ladenöffnungszeiten seien liberalisiert worden, aber man müsse nach 18.30 Uhr nach dem Willen der Gewerkschaft Zuschläge zahlen. Das Kündigungsschutzgesetz müsse flexibler werden. Wenn man eine Geschäftsidee habe, für die man Mitarbeiter einstellt, dann aber wieder entlassen müsse, weil es nicht so läuft wie geplant, dann müsse man auch die Möglichkeit von Entlassungen haben. Daher würde man vorsichtshalber gar nicht erst zusätzlich einstellen. Wegen der Zuschläge riet Monika Griefahn, das Gespräch mit den Gewerkschaften zu suchen. „Da müssen noch gemeinsam Wege gefunden werden.“ Aber so frei mit dem Kündigungsschutz, wie in den USA, wollte sie es auch nicht sehen. Man war sich einig, dass es sinnvoll sei, die Spanne der Möglichkeiten mehr nutzen zu können. „Es muss noch so viel getan werden“, schloss Monika Griefahn. „Alles auf einmal kann man nicht machen und alles nachholen, das schon in den letzten 15 Jahren hätte gemacht werden können.“

WeltKlasseKlänge im Landkreis Harburg

Monika Griefahn stellte CD vor

Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn veröffentlichte in dieser Woche die gemeinnützige CD „WeltKlasseKlänge“. Hierfür engagierten sich die unterschiedlichsten Musikgruppen der Region, so dass aus klassischer Musik bis Pop und Rock nun eine lebendige Mischung entstanden ist.



Seinen Anfang fand das Projekt vor einiger Zeit in Berlin. Monika Griefahn hatte von den Berliner Philharmonikern gehört, dass die ihre Bedeutung mit dem Satz unterstrichen: „Wir sind doch nicht das Orchester von Winsen an der Luhe.“ Winsen ist jedoch die Kreishauptstadt des Landkreises Harburg, der von

von Monika Griefahn als Abgeordnete vertreten wird. Gleichzeitig ist sie Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien. Um zu zeigen, welche musikalische Vielfalt und Weltklasse es in der Region gibt, trommelte sie 15 Künstler für die CD zusammen. Da singt der „Rockpastor“ Dieter Kindler und Band, neben der chilenischen Soledad Berrios, dem weltberühmten Dieter Bohlen aus Tötensen, dem Italiener Mario Di Leo und Wilfried Staake, der ein plattdeutsches Lied beige-steuert hat. Man hört Percussionsklänge von Matthias Kaul, gemütlichen Country von der Gruppe Truck Stop und mit Nils Tuxen einen der besten Steel Gitarristen weltweit. Auch der Konzertchor Buchholz und das Blasorchester aus Sprötze sind vertreten. Außerdem tragen klassische Musiker wie Ab

Koster, Matthias Höfs und Erich Sichermann zu dem breiten Spektrum bei. Udo Lindenberg war so begeistert von Monika Griefahns Idee, dass er seinen Titel „Angelika (aus Winsen an der Luhe)“ zur Verfügung stellte. Die Berliner Philharmoniker, wohl überrascht von dem was sie da ausgelöst hatten, nahmen extra für die CD ein Stück auf, was sie zur Versöhnung beisteuerten. Auf dem Cover der CD ist ein Bild des Winsener Malers Matthias Kaul zu sehen.

Monika Griefahn überzeugte alle Beteiligten unentgeltlich an dem Projekt mitzuwirken, so dass der Erlös dem Ökologiehof Wennerstorf zugute kommen kann. In dieser Einrichtung des Kiekeberg Museums wird ökologischer Gartenbau mit integrativer Behindertenarbeit verbunden. Mit der Sparkasse Harburg-Buxtehude, der Waldkli-

nik Jesteburg und der Firma Mediahelp fanden sich außerdem Sponsoren, die das Projekt mit unterstützen. Die CD ist ab sofort in allen 48 Sparkassenfilialen der Region sowie in den Institutionen des Kiekeberg e.V. erhältlich. Des Weiteren bietet sie der Lionsclub auf seinen Aktivitäten, wie den Adventsmärkten an.

Im Internet ist „WeltKlasseKlänge“ unter www.monika-griefahn.de/cd zu bestellen.

Das Interesse ist bereits groß und nicht allein Landrat Axel Gedaschko zeigte sich begeistert und lobte das die Idee als „tolle Sache“. Auch Initiatorin Monika Griefahn freut sich: „Mit dieser CD kann man zeigen, welche große kulturelle Vielfalt wir in unserer Region haben. Und so etwas ist ein wirklich besonderes Geschenk.“



Das Foto zeigt am CD-Projekt beteiligte Künstlerinnen und Künstler bei der CD-Präsentation auf dem Ökohof Wennerstorf am 3. November 2004.



Zu beziehen ist die CD über die Internetseite www.monika-griefahn.de/cd, in 48 Filialen der Sparkasse Harburg-Buxtehude, auf der Internetseite der Sparkasse, auf Lionsclub-Aktivitäten (bei Dr. Hoans Detlef, Boetel, Präsident Club Rosengarten) und in Museen des Kiekeberg e.V.

Bürgerschaftliches Engagement: Monika Griefahn fordert mehr öffentliche Anerkennung für Engagierte

Internationaler Tag des Ehrenamtes (5. Dezember 2004) / Verbessertes Unfallschutz

„Das Bürgerschaftliche Engagement in Deutschland ist ungebrochen. Wie die jüngsten Umfragen des Bundesfamilienministeriums belegen, hat die Bereitschaft zum Engagement sogar zugenommen. Das ist ein schönes Geschenk an uns alle“, so die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn zum Tag des Ehrenamtes am 5. Dezember 2004. „Den über 22 Millionen Ehrenamtlichen in Deutschland gilt heute unser Dank und vor

allem unsere Anerkennung. Sie sind unser soziales Kapital. Bürgerschaftliches Engagement ist unbezahlbar und hält unsere Gesellschaft zusammen.“ Monika Griefahn: „Das bürgerschaftliche Engagement von vielen braucht mehr öffentliche Anerkennung und Wertschätzung, und dies nicht nur für einen Tag. Ob Ehrenamtspass, verbilligte Eintrittskarten fürs Theater oder Ehrenamtsmedaillen – der Phantasie für eine Kultur

der Anerkennung sind keine Grenzen gesetzt. Dies ist auch der Wunsch der Engagierten. Als SPD belassen wir es nicht bei einem symbolischen Handschlag und schönen Worten. Die Förderung und Unterstützung der Engagierten ist unser zentrales Anliegen. Schritt für Schritt haben wir die Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert, sei es wie jüngst beim Unfallschutz oder beim Ausbau der Freiwilligendienste,

unsere Bilanz kann sich sehen lassen“, so die Bundestagsabgeordnete. „Künftig können mehr ehrenamtlich Engagierte in den gesetzlichen Unfallschutz einbezogen werden. Durch Modellprojekte werden wir den Ausbau generationenübergreifender Freiwilligendienste vorantreiben und gemeinsam mit den Ministerien daran arbeiten, dass die Vereine von Bürokratie entlastet werden“, so Monika Griefahn.

Unfallversicherungsschutz für Ehrenamtliche verbessert

Zum Tag des Ehrenamtes am 5.12.2004 gab es eine gute Nachricht für alle, die sich ehrenamtlich engagieren: Die SPD-Fraktion hat im Deutschen Bundestag durchgesetzt, dass der gesetzliche Unfallversicherungsschutz für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger wesentlich erweitert worden ist. Damit konnte sehr berechtigten Anliegen aus zahlreichen Organisationen und Verbänden entsprochen werden.

Was ist neu?

Auch heute sind bereits viele Engagierte in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen. Geschützt sind etwa die Aktiven bei der Freiwilligen Feuerwehr, in Wohlfahrtsverbänden oder der Hospizbewegung, Schöffen, Schülerlotsen und Kommunalpolitiker. Mit dem Gesetz dehnen wir den Versicherungsschutz nun auf weitere Personengruppen aus, die sich ebenfalls zugunsten der Allgemeinheit engagieren und dabei gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sein können. Die Gesell-

schaft wird künftig für diese Risiken entstehen.

Welche Personengruppen ehrenamtlich Engagierter kommen neu hinzu?

Das Gesetz sieht vor, dass künftig Bürgerinnen und Bürger versichert sein sollen, die in Vereinen oder Verbänden im Auftrag oder mit ausdrücklicher Einwilligung von Gebietskörperschaften (z. B. Kommunen) oder Kirchen tätig werden. Wer im Interesse einer Kommune ehrenamtlich tätig wird, ist künftig versichert. Das ist vor dem Hintergrund bedeutsam, dass viele Städte und Gemeinden verstärkt auf Bürgerbeteiligung zur Sicherung ihrer kommunalen Infrastruktur setzen. Hier besteht nach geltender Rechtslage eine Lücke im Versicherungsschutz, die wir nun geschlossen haben. Versichert sind künftig zum Beispiel die Mitglieder einer Bürgerinitiative, die im Auftrag der Kommune einen Spielplatz bauen und hierfür eine Patenschaft übernehmen. Auch die ehrenamtlich Tätigen eines Fördervereins, der mit Einwilligung der Kommune ein von

Schließung bedrohtes städtisches Freibad betreibt, sind gegen Unfälle versichert. Wichtig ist dies auch für den Schulverein, der in Eigenleistung seiner Mitglieder die Renovierung von Klassenzimmern übernimmt. Solche Projektarbeit nutzt allen. Die ehrenamtlich Engagierten dürfen nicht mit dem Risiko dieser Tätigkeiten allein gelassen werden. Wir haben erreicht, dass sie sich künftig auf den solidarischen Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung verlassen können.

Außerdem können gemeinnützige Organisationen, etwa Sportvereine, ihren gewählten Ehrenamtsträgern auf freiwilliger Basis Unfallversicherungsschutz verschaffen. Gewählte Ehrenämter können beispielsweise das Amt des Vorstandes oder auch das des Kassenwartes sein. Ebenfalls Unfallversicherungsschutz auf freiwilliger Basis können ehrenamtlich Engagierte in Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen erhalten. Schließlich soll der Schutz derjenigen weiter verbes-

sert werden, die sich freiwillig in Rettungsorganisationen engagieren. Auch ihnen sollen künftig Sachschäden ersetzt werden. Da Unglücksfälle eine besonders schnelle und umfassende Hilfe erfordern, soll in dieser Situation der Helfer nicht mit seinem Sachschaden allein gelassen werden. Zu denken ist etwa an eine ehrenamtliche DLRG-Rettungsschwimmerin, die bei einem Einsatz einen erschöpften Schwimmer rettet und dabei Handy und Uhr verliert.

Wie läuft das Verwaltungsverfahren für die neuen Formen des Versicherungsschutzes ab?

Die neuen Aufgaben werden in die bestehenden Verwaltungsabläufe integriert. Dabei werden etwa im Sportbereich zwischen Landessportbünden und der zuständigen Berufsgenossenschaft einfache Meldeverfahren verabredet, die individuelle Melde- und Beitragspflichten entbehrlich machen. Der einzelne Versicherte muss namentlich erst dann erfasst werden, wenn er einen Unfall erlitten hat.

Reform der Bundestagswahlkreise

Wietzendorf wird einem anderen Wahlkreis angegliedert

Zur Bundestagswahl 2006 bleibt der Wahlkreis „Soltau-Fallingb.-Winsen L.“ in fast unverändertem Zuschnitt bestehen. Einzig und allein die Gemeinde Wietzendorf aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. wechselt in den Nachbarwahlkreis „Lüchow-Dannenberg – Lüneburg“. Darauf verständigten sich jetzt die Berichterstatter des Innenausschusses des Deutschen Bundestages. Nachdem zur letzten Bundestagswahl 2002 die Anzahl der Bundestagswahlkreise von 328 auf 299 reduziert wurde, bedeutete dies seinerzeit eine Vergrößerung der einzelnen Wahlkreise. Die Landkreise Harburg und Soltau-Fallingb. wurden 2002 zum Bundestagswahlkreis „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“ zusammengelegt. Aus dem Landkreis Harburg wurden die Gemeinden Elbmarsch, Hanstedt und Salzhausen, aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. die Gemeinde Munster dem Nachbarwahlkreis „Lüchow-Dannenberg – Lüneburg“ zugeordnet. Dies bleibt auch 2006 so. Wegen des starken Bevölkerungswachstums im Wahlkreis wurde nun zur Bundestagswahl 2006 noch die Zuordnung der Gemeinde Wietzendorf zum Nachbarwahlkreis zwingend erforderlich.

Hintergrund ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, nach dem die Zahl der Wahlberechtigten in einem Wahlkreis nicht mehr als 25 % vom Durchschnitt aller Wahlkreise nach oben oder nach unten abweichen darf. Dies hat Auswirkungen zum einen auf die Verteilung der Bundestagswahlkreise auf die Bundesländer, zum anderen auf den Zuschnitt der einzelnen Wahlkreise. Vor jeder Bundestagswahl wird deshalb zunächst geprüft, ob Bundesländer aufgrund des Wachstums oder des Schrumpfens ihrer wahlberechtigten Bevölkerung einen Wahlkreis mehr erhalten oder abgeben müssen. Bayern erhält zur Bundestagswahl 2006 einen zusätzlichen Wahlkreis wegen seines Einwohnerwachstums, Thüringen muss einen Wahlkreis abgeben. Obwohl dies lange erwartet worden war, erhält Niedersachsen nun keinen zusätzlichen Wahlkreis, weil Bayern ein stärkeres Bevölkerungswachstum aufweist. Zwischenzeitlich gab es verschiedene Berechnungen und unter anderem auch Pläne, den gesamten Landkreis Harburg wieder allein zu einem Wahlkreis zu machen und dem Landkreis Soltau-Fallingb. erneut einen Teil des Landkreises Ro-

tenburg zuzuordnen. Doch dies ist jetzt alles für die Bundestagswahl 2006 vom Tisch, weil Niedersachsen 2006 keinen zusätzlichen Wahlkreis erhält. Weiterhin wird geprüft, wie sich die Bevölkerung im einzelnen Wahlkreis entwickelt. Und hier weist der Wahlkreis „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“ in den letzten Jahren ein besonders starkes Einwohnerwachstum auf, der eine Neugliederung zur Bundestagswahl 2006 zwingend erforderlich macht. Dazu informiert jetzt die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn: „Die Berichterstatter des Innenausschusses waren sich fraktionsübergreifend einig, als Gesetzentwurf in den Bundestag einzubringen, dass Wietzendorf zur nächsten Bundestagswahl dem Wahlkreis Lüchow-Dannenberg – Lüneburg zugeschlagen wird. Ansonsten wird der bisherige Wahlkreiszuschnitt so erhalten bleiben.“ Dies bedeutet, dass auch Bispingen im bisherigen Wahlkreis bleibt, was vor zwei Wochen noch ganz anders aussah. „Ich bin sehr froh, dass uns Bispingen erhalten bleibt, was auch Bürgermeister Detlev Loos als wichtig ansieht, da er die ‚politische Heimat‘ seiner Gemeinde klar im Landkreis

SFA sieht“, ergänzte Monika Griefahn. Sie hatte beide Bürgermeister über die aktuellen Entwicklungen auf dem Laufenden gehalten. „Von beiden Kommunen wie auch vom Landkreis Soltau-Fallingb. habe ich mir aktuelle Bevölkerungszahlen und Prognosen besorgt, um in meiner Landesgruppe besser argumentieren zu können. Mir wäre es am liebsten gewesen, wenn alles so bleiben könnte, wie es war. Doch die Bevölkerungszahl darf zur Bundestagswahl nicht über 25 % des Wählerdurchschnitts liegen, um alle Wahlkreise gleichgewichtig im Bundestag zu repräsentieren. Sonst wäre eine Wahlanfechtung möglich. Also wurde hin und her gerechnet mit einem Ergebnis, das mich nicht befriedigt, denn ich hätte Wietzendorf sehr gerne in meinem Wahlkreis behalten.“ Seit dem 31.12.2002 liegt die Richtzahl bei rund 251.500 Einwohnern je Wahlkreis. Diese Zahl war beim jetzigen Wahlkreiszuschnitt aktuell bereits um 23,2 % überschritten. Und bis zur Bundestagswahl ist mit einer weiteren Bevölkerungszunahme im Wahlkreis „Soltau-Fallingb. – Winsen L.“ zu rechnen.

Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion stellte erstmals einen Ausbildungsplatz bereit

„Wir haben uns in der Verantwortung gesehen, nicht nur mehr Ausbildungsplätze für Jugendliche zu fordern, sondern selber mit gutem Beispiel voran zu gehen“, erklärte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn. Zum ersten Mal hat die Landesgruppe Niedersachsen in der SPD-Bundestagsfraktion einen Ausbildungsplatz bereitgestellt.

In Bewerbungsgesprächen hat man sich aus fünf Bewerberinnen und Bewerbern für den 18-jährigen Daniel Osowski entschieden, der seit September dieses Jahres zum Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet wird. Die Hamelner SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Lösekrug-Möller

wurde von der Landesgruppe zur Ausbildungsbeauftragten ernannt und wird die Ausbildung leiten, die hauptsächlich in ihrem Bundestagsbüro stattfindet. Aber auch die anderen Abgeordnetenbüros der niedersächsischen SPD-Landesgruppe werden in die Ausbildung mit einbezogen und bereiteten sich jetzt in einem dreitägigen Lehrgang darauf vor.

„Wir freuen uns alle darüber, einem jungen Menschen so den Start ins Berufsleben zu ermöglichen“, hob Monika Griefahn abschließend hervor, „und hoffen, dass ihm sein Tätigkeitsbereich zusagt, auch wenn es in den Sitzungswochen bei uns etwas hektisch zugeht.“



Das Foto zeigt den Auszubildenden Daniel Osowski (Mitte) mit dem Vorstand der niedersächsischen SPD-Landesgruppe (v.l.n.r.):

Gabriele Lösekrug-Möller MdB, Holger Ortel MdB (Vorsitzender), Monika Griefahn MdB und Annette Faße MdB.

Jugend & Parlament 2004

Interessante Tage für Claas Löppmann in Berlin



Für drei Tage wurde der 16-jährige Claas Löppmann aus Bomlitz zu einem 58-jährigen Einzelhandelskaufmann namens Albert Einstein, war verheiratet, hatte drei Söhne, ihm gehörte der Wahlkreis 044 und er wohnte in Celle. Als Bundestagsabgeordneter gehörte er der Partei SPD an, der Arbeiterpartei Deutschlands. Möglich machte dies die

Aktion „Jugend und Parlament“ des Deutschen Bundestages, wo Jugendliche an dem Planspiel „Parlamentarische Demokratie spielend erfahren“ teilnahmen. Claas Löppmann war auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn nach Berlin gefahren. Wie er wurden 300 Jugendliche aus ganz

Deutschland zu Bundestagsabgeordneten, die verschiedenen Parteien wie z.B. der Konservativen Volkspartei KVP oder anderen Parteien zugeteilt wurden und andere „Identitäten“ erhielten. Sie besuchten Fraktionssitzungen und arbeiteten in Ausschüssen. „Hier konnte ich plötzlich selbst an einem Ausschuss teilnehmen und meine Forderungen und Interessen über ein Mikrofon verkünden“, erzählte Claas Löppmann begeistert. „Nie hätte ich mir eine so realistische Nachspielung in den Originalräumen auch nur träumen lassen.“ Als Themen wurden Alkohols bei Jugendlichen, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Neugestaltung der Bundeswehr sowie Geschwindigkeitsbegrenzung für Kraftfahrzeuge vorgegeben. „Sehr geschickt ge-

wählt und für unsere Altersgruppe genau richtig“, fand der junge Parlamentarier Claas Löppmann, der von seinem dreitägigen Aufenthalt und den vielen Informationen begeistert war. Es wurde über Entwürfe der Gesetze diskutiert sowie Änderungsanträge der verschiedenen Parteien behandelt. Genau wie im richtigen Parlamentarierleben. Natürlich gehörte auch der Kontakt zu echten Parlamentariern dazu. Monika Griefahn freute sich über ihren interessierten jungen Gast: „Ich finde die Aktion Jugend & Parlament deswegen so wichtig, weil junge Menschen so schon früh erfahren, wie parlamentarische Demokratie funktioniert und dass es auch dort bestimmte Spielregeln gibt.“

Jugendpressetag 2004 der SPD-Bundestagsfraktion

Ein Blick hinter die Kulissen der „großen“ Politik
/ Frauke Harms auf Einladung von Monika Griefahn in Berlin



Das Foto zeigt die Schülerzeitungsredakteurin Frauke Harms und Monika Griefahn MdB.

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltete jetzt den „Jugendpressetag 2004“ mit Schülerzeitungsredakteurinnen und -redakteuren aus ganz Deutschland. Mit dabei war auch Frauke Harms, die Chefredakteurin der Schülerzeitung „I.Q.“ des Gymnasiums Tostedt ist.

Auf dem Programm der zweitägigen Veranstaltung standen nach einer Begrüßung durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering unter anderem ein Workshop mit Journalisten und Gespräche mit Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion in Arbeitsgruppen zu den Themen „Neue Medien und Parlament“, „Generationengerechtigkeit“, „Ganztagsbetreuung“ und „Rechtsextremismus – Was tun?“.

Höhepunkt des Jugendpressetages 2004 war dann sicherlich eine Pressekonferenz mit Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Hier hatte der Pressenachwuchs Gelegenheit, den Kanzler bei einer von Regierungssprecher Bela Anda moderierten Pressekonferenz im Bundeskanzleramt zu grundsätzlichen und aktuellen Themen zu befragen.

Nachfolgend schildert Frauke Harms ihre Eindrücke vom Jugendpressetag 2004:

„Was machen unsere Abgeordneten eigentlich den ganzen Tag in Berlin? Wie muss man sich den Alltag unserer Politiker vorstellen? Wenn man ehrlich ist, weiß man doch sehr wenig darüber. Ein paar Vorstellungen hat jeder, durch die Nachrichten oder die Bundestagsdebatten. Doch entsprechen diese Vorstellungen der Realität?

Das durften am 27. und 28. Oktober etwa 90 Schüler aus ganz Deutschland herausfinden. Sie waren von den Abgeordneten ihres Wahlkreises zum Jugendpressetag nach Berlin eingeladen worden. Mit einer Mischung aus Stolz und Unsicherheit reagierte ich auf die Einladung,

die ich von Monika Griefahn erhielt, und stieg ohne große Vorstellung von dem, was da auf mich zukommen würde, am 27. Oktober in den Zug.

Auf dem Programm stand neben Gesprächen mit Abgeordneten und Mitgliedern der SPD-Fraktion auch eine Pressekonferenz mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. In Berlin angekommen stellte ich fest, dass Parlament und Kanzleramt aus vielen ganz normalen Büros bestehen mit genauso vielen unterschiedlichen und interessanten Jobs. Plötzlich sah ich die Abgeordneten über die Gänge huschen von einem Gespräch zum nächsten, mit eben dem vollen Terminkalender, über den ich vorher nur ansatzweise etwas gehört hatte.

Während der Begrüßung durch Franz Müntefering und der Pressekonferenz mit Gerhard Schröder merkte ich, wie sehr sich der Eindruck über einen Politiker verändern kann, allein dadurch dass man ihm persönlich gegenüber steht. Über beide hatte ich mir vorher durch die Medien ein Urteil gebildet. Doch erst hier wurde mir bewusst, wie gering der Abstand zwischen ihnen und mir eigentlich ist und wie leicht es für jeden Einzelnen sein kann, Einfluss auf deren Arbeit zu nehmen. Das machte sie in meinen Augen interessanter und ihre Arbeit spannender. In den unterschiedlichen Gesprächsrunden wurde dieser Eindruck verstärkt, denn alle Politiker nahmen uns als Gesprächspartner ernst und machten sich große Mühe, unsere bohrenden Fragen zu beantworten.

Hannelore Elping aus der SPD-Bundestagsfraktion sprach mit uns über erfolgreiche und gescheiterte Öffentlichkeitsarbeit, Franz Müntefering nahm Stellung zur Mitschuld der Volksparteien am Wahlerfolg von NPD und DVU und Gerhard Schröder ließ sich neben vielen anderen sogar die Frage gefallen, ob Politik süchtig mache. Insgesamt waren die Diskussionsrunden ein Querschnitt durch die Politik von Hartz IV über Rechtsextremismus und Schulpolitik zu internationalen Beziehungen und der EU-Verfassung.

Zum Ende des Jugendpressetages erzählten uns zwei Journalisten über ihre politische Arbeit auf der anderen Seite, die nicht gestaltet, sondern analysiert und kritisiert. Sollte bei einem der Teilnehmer so etwas wie Politikverdrossenheit vorhanden gewesen sein, so ist er nach diesen Tagen mit Sicherheit verflogen. Denn die Politik präsentierte sich uns nicht als etwas, was von „denen da oben“ gemacht wird und auf das man sowieso keinen Einfluss hat. Stattdessen lernten wir nette und aufgeschlossene Leute kennen, die ein großes Interesse daran haben zu erfahren, wie ihre Arbeit ankommt.

Frauke Harms“

„DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ? - Perspektiven für unsere Zukunft“

Spiegel-Redakteur Gabor Steingart diskutierte in Buchholz

„DEUTSCHLAND – der Abstieg eines Superstars ? - Perspektiven für unsere Zukunft“: Dies war das Thema einer Autorenlesung und Diskussionsveranstaltung mit dem SPIEGEL-Redakteur Gabor Steingart. Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten Monika Griefahn war Herr Gabor Steingart Anfang November in der Aula des Albert-Einstein-Gymnasiums zu Gast. Immerhin rund 90 Gäste, darunter viele Schülerinnen und Schüler, besuchten die Veranstaltung.



Punkte-Programm für den Abstieg eines fiktiven Landes“. Schnell wurde deutlich, dass er damit auch einige Probleme der Bundesrepublik Deutschland beschrieb, so unter anderem die zum Teil fehlinvestierten Finanztransfers in den Osten, die Defizite im deutschen Bildungssystem, die zu hohen Kosten einfacher Arbeit durch eine falsche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme nur über Lohnnebenkosten und die mangelnde Förderung und Anerkennung von Leistungsbereitschaft in Gesellschaft und Wirtschaft. Nüchtern stellte Steingart weitere Probleme dar: Die Lebensarbeitszeit ist in Deutschland zu kurz. Arbeitnehmer werden in die Arbeitslosigkeit oder zu früh in die Rente geschickt; die Arbeit ist aufgrund der Lohnnebenkosten in Deutschland zu teuer. In Deutschland werde nur etwa 700 Stunden je Einwohner und

fast 5 Millionen Arbeitslose, annähernd 3 Millionen Sozialhilfeempfänger, etwa 20 Millionen Rentner. Es sei ein Fehler, dass der Sozialstaat weitgehend nur über die Sozialabgaben der abhängig Beschäftigten finanziert werde. Jeder, der die Beitragsbemessungsgrenze überschreite, könne sich der einkommensabhängigen Sozialversicherung entziehen. Deshalb plädierte er für eine Finanzierung der Sozialsysteme über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Diese Einleitung war Grundlage für die anschließende Diskussion, bei der sich auch viele Schülerinnen und Schüler beteiligten. Themen waren unter anderem die Besteuerung von Arbeit und Vermögen, die Notwendigkeit einer geregelten Zuwanderung, die Familienpolitik und der Subventionsabbau.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn wies darauf hin, dass es darauf ankomme, dass die Erziehung von Kindern einen höheren Stellenwert bekommt. Man müsse mehr für Bildung und Innovationen tun, die

Qualität von Produkten verbessern und neue Produkte (z.B. effiziente Motoren, Windenergie, Solarenergie) entwickeln,

um im weltweiten Wettbewerb eine Chance zu haben. Man brauche in Europa nicht nur eine einheitliche Währung, sondern auch eine gemeinsame Steuerpolitik mit annähernd gleichen Steuersätzen.

Hintergrund: Schon seit geraumer Zeit steht das Buch „Deutschland. Der Abstieg eines Superstars“ des Spiegel-Redakteurs Gabor Steingart auf den Bestsellerlisten. Steingart, Leiter des Hauptstadtbüros des SPIEGELS, analysiert in seinem Buch die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg und setzt sich kritisch mit der gegenwärtigen Situation Deutschlands auseinander: hohe Arbeitslosigkeit, stagnierendes Wachstum und eine immer stärker alternde Gesellschaft.

Das Foto zeigt den Spiegel-Redakteur Gabor Steingart, Monika Griefahn und einige Zuhörer.

Zu Beginn präsentierte Gabor Steingart in einem Kurzvortrag ein „4-

Jahr gearbeitet, in den USA seien es dagegen etwa 900 Stunden. Es gebe



Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
9.1.	11:00	Neujahrsempfang der Stadt Buchholz (Nordheide)	
16.1.	11:00	Neujahrsempfang des SPD-Unterbezirks Lkr. Harburg	Alter Geidenhof, Hanstedt
30.1.	11:00	Neujahrsempfang für den Landkreis Soltau-Fallingb.ostel	Dorfgemeinschaftshaus Bomlitz-Benefeld

Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
www.monika-griefahn.de	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb.ostel
www.spd.de	Internetangebot der Bundes-SPD
www.spd-niedersachsen.de	Internetangebot der Landes-SPD
www.spdfraktion.de	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
www.spd-landesgruppe-niedersachsen.de	Die SPD-Landesgruppe: die Internetseite der 31 niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion
www.die-gesundheitsreform.de	Aktuelle Informationen zur Gesundheitsreform vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
www.programmdebatte.spd.de	Information zur Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vom SPD-Parteivorstand und der Programmkommission
www.reformprofil.de	Information zur Diskussion eines neuen SPD-Grundsatzprogramms vom SPD-Bezirk Hannover
www.arbeitsmarktreform.spd.de	Informationen zu Hartz IV und zu den Arbeitsmarktreformen von der SPD
www.bundesregierung.de/Themen-A-Z/-9757/Agenda-2010.htm	Agenda 2010 – alle Reformen im Überblick, Informationen von der Bundesregierung
www.buergerversicherung.spd.de	Informationen zur Bürgerversicherung von der SPD
www.demografische-forschung.org	Informationen zur Bevölkerungsentwicklung vom Max-Planck-Institut für demografische Forschung, Rostock

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke
 Platz der Republik, 11011 Berlin
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
 Tel: (030) 227-72425 / 26
 Fax: (030) 227-70125
 Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
 Brauhofstraße 1,
 21423 Winsen/Luhe
 Tel: (04171) 780171
 Fax: (04171) 780172
 Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingb.ostel

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
 Uppen Drohm 19,
 29643 Neuenkirchen
 Tel: (05195) 5050
 Fax: (05195) 5052
 Email: sfa@monika-griefahn.de